

Verbesserter Zugang zu Recht für Frauen* (PROFEMEX)

Serviceleistungen der nationalen und lokalen Pflichtverteidigungen geschlechtergerecht ausrichten

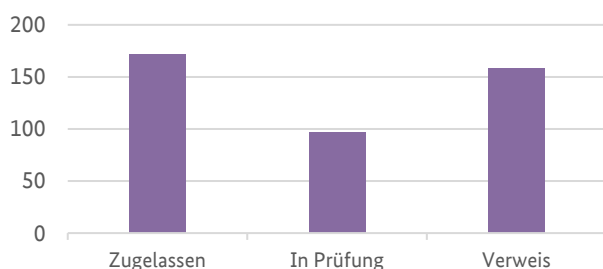
Kontext

Gewalt gegen Frauen und Kinder ist der stärkste Ausdruck von Geschlechterdiskriminierung. Laut einer nationalen Erhebung von 2021 zu zwischenmenschlichen Dynamiken in mexikanischen Haushalten hat das Nationale Institut für Statistik und Geografie (INEGI) herausgestellt, dass 70,1% der mexikanischen Frauen ab dem 15. Lebensjahr mindestens eine Situation psychischer, physischer, sexualisierter, wirtschaftlicher, vermögensrechtlicher Gewalt und/oder Diskriminierung in ihrem Leben erlebt haben.

Die meisten dieser Frauen wenden sich aus unterschiedlichen Gründen, wie beispielsweise Scham oder Angst, weder an eine öffentliche Institution noch erstatten sie Anzeige (INEGI, 2021).

2022 wurden landesweit 948 Fälle mit 969 Opfern von Feminiziden registriert – die entspricht einem Durchschnitt von 2,6 ermordeten Frauen pro Tag (Exekutivsekretariat des Nationalen Systems für öffentliche Sicherheit (SESNSP), 2022).

Verfahrensstand der an das IFDP (424 Anträge im Zeitraum 1.6.2022 – 15.11.2023) zur außerordentlichen Repräsentation in Fällen von Femiziden



(Quelle : Jahresbericht IFDP 2022/2023)

Frauen stehen entweder als Opfer (einer Straftat oder einer Rechtsverletzung) oder als Beschuldigte (Täterinnen) häufig Justizsystemen gegenüber, die sich durch geschlechtsspezifische

Vorurteile und (un)bewusste Stereotypen auszeichnen und den Kontext der Vulnerabilität, in dem sie sich befinden, nicht berücksichtigen.

Soziale Normen in Bezug auf Männlichkeit und Weiblichkeit beeinflussen den Zugang zur Justiz und die Rechtsprechung in Mexiko – und zwar sowohl für die Verfahrensbeteiligte*innen, als auch für die öffentlichen Bediensteten, die mit den Verfahren und Dienstleistungen betraut sind.

Für Prävention, Strafverfolgung und Rechtspflege zuständige Behörden sind verpflichtet, geschlechtsspezifische Behörden sind verpflichtet, geschlechtsspezifische und menschenrechtliche Ansätze anzuwenden. Hierbei stehen sie nach wie vor unterschiedlichsten Herausforderungen gegenüber, um in Fällen von Gewalt gegen Frauen adäquat zu handeln.

Projektname	Verbesserter Zugang zu Recht für Frauen* in Mexiko (PROFEMEX)
Auftraggeber	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)
Projektregion	Mexiko
Projektträger	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH
Politischer Träger	Mexikanisches Institut für Bundespflichtverteidigung (Instituto Federal de la Defensoría Pública, IFDP)
Dauer	01.04.2024 – 31.03.2027

Beitrag zur Agenda 2030



Bild links: Ein Vertreter der öffentlichen Pflichtverteidigung berät eine ältere Frau.

Bild rechts: Eine Vertreterin der Pflichtverteidigung in Oaxaca berät eine Frau, die ihr gegenübersteht, rechtlich im Rahmen der Betreuungstage für Frauen, weibliche Jugendliche und Mädchen.



Andrea Heisel,
Auftragsverantwortliche
andrea.heisel@giz.de

Bild links: Unterstützungsteam für indigene Gemeinschaften.

Bild rechts: Soziale Akteurinnen arbeiten an der Entwicklung einer gemeinsamen Vision für einen verbesserten Zugang zu Recht für Frauen.

Ziel

Das Projekt PROFEMEX will den Zugang von Frauen* (d.h. Frauen in all ihrer Diversität, insb. indigene Frauen, Frauen mit Behinderungen, Mädchen und weibliche Jugendliche etc.) zur Justiz in Mexiko durch die Stärkung der Prozesse, Verfahren und institutionellen Kapazitäten der öffentlichen Rechtsberatung und -verteidigung national und in den Bundesstaaten Oaxaca und Quintana Roo sowie von Anwält*innen und Vertreter*innen unabhängiger Frauenorganisationen unterstützen.

Die mexikanische und deutsche Regierung vereinen dabei ihre Erfahrung und Synergien zwischen dem mexikanischen Institut für Bundespflichtverteidigung (Instituto Federal de la Defensoría Pública, IFDP) und der deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)

Unser Ansatz

Geschlechtertransformativer Ansatz: Anwendung eines geschlechtsspezifischen Ansatzes in den institutionellen Dienstleistungen der öffentlichen Bunderverteidigung – national und in den Bundesstaaten Oaxaca und Quintana Roo – sowie die Beseitigung von Rahmenbedingungen, die Ungleichheiten wie beispielsweise ethnische Zugehörigkeit, Zuwanderung oder Geschlechtsidentität begünstigen.

Evidenzbasierte Strategienentscheidungen: Förderung von Entscheidungen auf der Grundlage von Daten und zuverlässigen Informationen, die den Zugang zu Justiz für Frauen betreffen.

Soziale Akteure stärken: Stärkung von Organisationen und sozialen Akteur*innen, die sich für die Belange von Frauen gegenüber der Justiz sowie politische Gremien einsetzen und diese vertreten.

Erwartete Ergebnisse

- Das IFDP wendet umfassend einen Gender-Ansatz in seine Arbeit ein, um die geschlechterangepasste Perspektiven und Vielfältigkeit besser zuberücksichtigen. Somit soll das Rechtssystem die Bedarfe von Frauen in ihren Politiken, Verfahrensabläufen und Dienstleistungen stärker einbeziehen, damit sie für alle Menschen gleich sind.
- Die Pflichtverteidigungsinstitutionen in Oaxaca und Quintana Roo verbessern und stärken ihre an Frauen gerichtete Dienstleistungen unter Berücksichtigung der Genderperspektive.
- Die Organisationen und soziale Akteur*innen mit lokalem Einfluss in Oaxaca und Quintana Roo sind gestärkt, um Frauen effektiver beim Zugang zu Recht zu begleiten und zu vertreten.

Erwartete Wirkungen

- Das Vertrauen und die Zufriedenheit von Frauen, die national oder lokal Rechtsberatung und öffentliche Verteidigungsdienste nachsuchen, ist gestiegen.
- Rechtsberatungs- und Strafverteidigungsdienste zeichnen sich national und lokal durch ein Vorgehen aus, das frei von Stereotypen und Stigmatisierungen ist. Vor allem Frauen und Personen und schutzbedürftige Personen profitieren hiervon.
- Netzwerke und Allianzen zwischen Organisationen und sozialen Akteuren in den Bundesstaaten sind nachhaltig gefestigt. Der Zugang zu Recht für Frauen ist aus Geschlechterperspektive gestärkt.

Verweise:

INEGI (2021), Encuesta Nacional sobre la Dinámica de las Relaciones en los Hogares, ENDIREH 2021, principales resultados.

SESNP (2022), Información sobre violencia contra las mujeres. Incidencia delictiva y llamadas de emergencia 911

Veröffentlicht von Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH
Niederlassungen in Bonn und Eschborn, Deutschland
„Verbesserter Zugang zu Recht für Frauen*in“
GIZ in Mexiko
Torre Hemicor, PH. Av. Insurgentes Sur No. 826
Col. Del Valle, CP 03100, CDMX, México
Teléfono: +52 55 55 3623 44
E-mail: giz-mexiko@giz.de
www.giz.de/mexico-mx

Bildnachweis © Instituto Federal de Defensoría Pública (IFDP); © Defensoría Pública del Estado de Oaxaca (DPEO); © GIZ Mexiko

Text GIZ Mexiko. Aída Marín

GIZ ist für den Inhalt dieser Veröffentlichung verantwortlich

Im Auftrag von Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)

In Kooperation mit



Datum April, 2025
Druck GIZ Mexiko
Design GIZ Mexiko